



Michael Schrodi
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung:

Schrodi: Lebensmittelverschwendung bekämpfen

Olching, den 10.12.2020

Michael Schrodi, MdB

Ilzweg 1
82140 Olching
Telefon: +49 8142 501 0589
Fax: +49 8142 501 3962
michael.schrodi.wk@bundestag.de

Berliner Büro:

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Otto-Wels-Haus
Raum: 5.027
Telefon: +49 30 227-77541
Fax: +49 30 227-70541
michael.schrodi@bundestag.de

Bundestagsabgeordneter

Der Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz des Deutschen Bundestags hat sich heute mit dem Thema Lebensmittelverschwendung beschäftigt. Anlass war das Urteil des Bundesgerichtshofs zum Fall der beiden Olchinger Studentinnen, die Anfang des Jahres 2019 wegen „Containerns“ von Lebensmitteln verurteilt wurden. Der Olchinger SPD-Bundestagsabgeordnete Michael Schrodi hatte sich kurz nach dem Bekanntwerden des Falls bereits mit den beiden Studentinnen in seinem Wahlkreisbüro getroffen und nahm heute an der Anhörung teil.

Im Zentrum der Anhörung stand die Frage, mit welchen Instrumenten die Lebensmittelverschwendung verringert werden kann. Ein Antrag sah vor, mit der Entkriminalisierung des „Containerns“ von Lebensmitteln und einer entsprechenden Änderung im Strafrecht dazu einen Beitrag leisten zu können. Schrodi: „Die große Mehrheit der Sachverständigen in der Anhörung hat heute deutlich gemacht, dass eine Änderung im Strafrecht nicht ohne größte rechtssystematische Schwierigkeiten zu realisieren wäre. Vor allem aber wurde klar: Das Problem der Lebensmittelverschwendung kann nicht im Strafrecht gelöst werden.“ Vielmehr müsse die gesamte Wertschöpfungskette der Lebensmittelproduktion und die Verschwendung entlang dieser Kette in den Blick genommen werden, erläutert Michael Schrodi.

In Deutschland landen jedes Jahr 12 bis 18 Millionen Tonnen Lebensmittel im Müll. Diese Ressourcenverschwendung hat enorme soziale, ökologische und ökonomische Folgen. „Immer mehr Verbraucherinnen und Verbraucher machen sich Gedanken über Lebensmittelverschwendung. Die große Aufmerksamkeit, die der Fall der beiden Studentinnen in Olching hervorgerufen hat, zeigt, dass das Bewusstsein für die negativen Folgen unseres Konsumverhaltens wächst.“



„Um die Lebensmittelverschwendung an sich zu bekämpfen, brauchen wir weitergehende rechtliche und politische Instrumente“, so Schrodi. Die SPD-Bundestagsfraktion hat bereits im Mai 2020 ein Positionspapier beschlossen mit Maßnahmen zur Bekämpfung der Lebensmittelverschwendung auf allen Ebenen. Da nur etwa vier Prozent der Lebensmittelabfälle im Handel entstehen, der größte Teil dagegen in privaten Haushalten, in der Landwirtschaft, Verarbeitung und Gastronomie, soll die gesamte Verschwendung entlang der Wertschöpfungskette in den Blick genommen und untersucht werden. „Für den Handel selbst ist eine Regelung vorstellbar, die es Lebensmittelproduzenten und -händlern ab einer gewissen Größe verbietet, noch genießbare Lebensmittel wegzuworfen. Sie müssten stattdessen mit gemeinnützigen Organisationen zusammenarbeiten, die Lebensmittel retten und weitergeben. Vorbilder für solche Regelungen gibt es schon in anderen europäischen Ländern wie Frankreich“, erklärt Michael Schrodi. In dem Zusammenhang sollen gemeinnützige Organisationen wie die Tafeln personell und finanziell besser ausgestattet werden. Ein weiterer Vorschlag ist die Überarbeitung der Regelungen zum Mindesthaltbarkeitsdatum. Viele Lebensmittel werden entsorgt, weil sie das Mindesthaltbarkeitsdatum überschritten haben, unabhängig davon, ob sie noch für den Verzehr geeignet wären.